

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 30. 43. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 26. Juli 1929

Der Protest der Heimarbeiter.

Die sogenannten „Reformvorschläge“ zur Arbeitslosenversicherung, eingereicht von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als Spitzenorganisation der deutschen Arbeiterschaft, veranlassen, daß die gesamte Heimarbeiterversicherung erklärt werden soll. Die Denkschrift der Arbeitgeber versucht nachzuweisen, daß die Heimarbeiterversicherungsmäßig überhaupt nicht erfassbar sei, wegen der Unmöglichkeit einer zuverlässigen Prüfung der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse.

Dabei sieht das Hausarbeitsgesetz vor, daß alle Gewerbetreibenden, die außerhalb ihrer Werkstätten gewerbliche Arbeiten verrichten lassen, verpflichtet sind, ein Verzeichnis derjenigen Personen, welchen sie Hausarbeit übertragen haben oder durch welche außerhalb der Arbeitsstätte der Gewerbetreibenden die Arbeit erfolgt, unter Angabe der Betriebsstätten dieser Personen zu führen. Das Verzeichnis muß auf Erfordern der Ortspolizeibehörde sowie den Aufsichtsbeamten jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden. Die Möglichkeit einer genauen Kontrolle ist daher gegeben, es sei denn, daß sich Arbeitgeber finden, die ihre Hand zur Umgehung der Kontrollbestimmungen bieten.

Es war vorauszu sehen, daß die „Reformvorschläge“ der Scharfmacher sehr starke Beunruhigung in den Reihen der Heimarbeiter hervorrufen würden. Im Offenbacher Industriegebiet für die Lederwaren- und Portefeullesfabrikation ist die Heimarbeiter sehr stark vertreten. Die Arbeitslosigkeit ist eine außerordentlich große. Die uns von der Verwaltungsstelle Offenbach für die ersten sechs Monate dieses Jahres gemeldeten Zahlen schwanken zwischen 22,3 Proz. Erwerbslosen Ende März und 23,3 Proz. Ende Februar d. J. Dazu kommt die große Zahl der Kurzarbeiter, die sich dauernd etwas über 28 Proz. gehalten hat. Da ist es kein Wunder, wenn sich diese Heimarbeiter zu regen beginnen. So wurden im Offenbacher Lederwaren-Industriegebiet eine Reihe von Versammlungen abgehalten und eine Entschließung angenommen, die sich an den ADGB und an den sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wendet. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Entschließung.

Die heute tagende Versammlung der Heimarbeiter in der Lederwaren-Industrie der Gemeinde ... erhebt schärfsten Protest gegen den Versuch, die Heimarbeiter vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuschließen, wie es der Antrag der deutschen Volkspartei vorsieht.

Die Heimarbeiter der Lederwaren-Industrie fordern vom ADGB und vom Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages, daß alle Mittel angewendet werden, um den Antrag der Volkspartei zu Fall zu bringen.

Infolge der andauernden schlechten Konjunktur in der Lederwaren-Industrie haben die Heimarbeiter ohnedies schwere wirtschaftliche Opfer zu bringen. Eine Ausschaltung aus der Arbeitslosenunterstützung

müßte als eine Degradierung zum Menschen zweiter Klasse aufgefacht werden.

Die Heimarbeiter erwarten deshalb, daß alle in Frage kommenden Instanzen die geplante Ausschaltung der Heimarbeiter vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung abwehren werden.

In dem Bericht über die stattgefundenen Protestversammlungen fällt besonders der Umstand ins Gewicht, daß in allen Ortschaften sich eine große Zahl unorganisierter Heimarbeiter eingefunden hatte und für die Entschließung eintrat. Diese zum Teil noch im bürgerlichen Fahrwasser dahinsplätschernde Arbeiterschaft hat erlannt, was es bedeutet, wenn ihnen die Arbeitslosenunterstützung wieder genommen wird. Der vergangene Winter hat ein Beispiel gegeben, in welche unverschuldete Not Arbeitermassen hineingeraten können. Deswegen muß die Arbeitslosenunterstützung erhalten bleiben, um die Erwerbslosen vor der allergrößten Not zu schützen. Dort, wo sich Mißstände in der Handhabung der Unterstützung gezeigt haben, wird es möglich sein, dieselben zu beseitigen.

Der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung wird in aller nächster Zeit mit großer Heftigkeit entbrennen. Das gesamte arbeitende Volk wird mit den Gewerkschaften übereinstimmen, wenn dieselben für das Recht der Unterstützung für unverschuldete Arbeitslosigkeit eintreten. Damit allein ist es jedoch auch nicht getan. Die Scharfmacher in Arbeitgeberkreisen und ein Teil der bürgerlichen Parteien würden nicht in derart brutaler Form für die Schädigung der Arbeiterinteressen eintreten können, wie es in diesem Fall die Deutsche Volkspartei getan hat, wenn ihnen nicht noch Tausende und aber Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen Gefolgschaft leisten würden.

Die freien Gewerkschaften werden in den nächsten Wochen und Monaten alle Kräfte zusammennehmen müssen, um den Angriff der Scharfmacher gegen die Arbeitslosenunterstützung abzuwehren. Erfolg kann dieser Kampf nur dann versprechen, wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft hinter den Gewerkschaften steht.

Was soll das heißen: „Wir fordern vom ADGB und vom Sozialpolitischen Ausschuss im Reichstag, daß alle Mittel angewendet werden, um den Antrag der Deutschen Volkspartei zu Fall zu bringen.“ Wenn ein großer Prozentsatz der Heimarbeiter, die in den Protestversammlungen ihre Hände für diese Entschließung gehoben haben, selbst nicht organisiert sind und dadurch ihrer Organisation und indirekt dem ADGB in den Rücken fallen.

Für den protestierenden Heimarbeiter des Offenbacher Industriegebietes kann es nur das eine geben:

„Hinein in den Verband zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation, der Körperschaft, die er mit der Vertretung seiner Interessen im Kampf um die Arbeitslosenunterstützung beauftragt hat.“

Steigerung der Lebensmittelpreise.

Die Sanierung der Landwirtschaft steht noch immer als zurzeit dringlichstes Problem der Wirtschaftspolitik im Vordergrund der Auseinandersetzungen. Zwar schien es, als ob mit der Errichtung eines Getreidemonopols ein Ausgleich der Interessen von Erzeugern und Verbrauchern gefunden werden könnte, doch scheiterte noch zuletzt diese Hoffnung an der Haltung der Großagrarier. Es zeigte sich wieder einmal, daß es diesen Kreisen nicht darum geht, die übermäßigen und volkswirtschaftlich schädlichen Schwankungen der Preise für landwirtschaftliche Pro-

dukte auszugleichen, die untragbare Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis zu beseitigen, und die Nationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion zu fördern, als um eine weitere Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise und eine weitere Belastung der breiten Konsumentenschichten. Daß auf diesem Wege die Schwierigkeiten der deutschen Landwirtschaft nicht behoben werden können, daß vor allem die so dringend erforderliche Umstellung von der Getreideproduktion zur Erzeugung hochwertiger und verebeter landwirtschaftlicher Produkte durch Getreidepreiserhöhungen verhindert wird, steht die Vertreter großagrarischer Interessen nicht an. Wenn

auch heute niemand mehr der Auffassung offen entgegenzutreten wagt, daß es unsinnig ist, sich gegen das billige und bessere Auslandsgetreide durch Zollmauern zu schützen, um schlechteres im eigenen Land produzieren und absetzen zu können und jährlich für Hunderte von Millionen Markereisprodukte, Fleisch, Gemüse und Obst einzuführen, so fand sich doch bald die bürgerlich-agrar Front nach dem kurzen Seiten sprung zum Monopolgedanken in der Forderung weiterer Zollerhöhungen. Die autonomen Zollsätze, die für Roggen, Weizen und Hafer 5 Mk. pro Doppelzentner betragen, wurden aufgehoben, und an ihre Stelle traten nunmehr gegenüber den Ländern mit Weizbegünstigungsrecht die Sätze des schwedischen Handelsvertrages mit 6 Mk. für Roggen und Hafer und 6,50 Mk. für Weizen. Gegenüber Kanada und Australien, mit denen kein Handelsvertrag besteht, gelten die autonomen Zollsätze des Jahres 1909, die 7 Mk. für Roggen und Hafer und 7,50 Mk. für Weizen vorsehen. Zugleich erfuhr der Weizoll eine Erhöhung von 11,50 Mk. auf 14,50 Mk., der Kartoffelzoll eine Erhöhung für Herbstkartoffeln um das Doppelte und der Butterzoll eine Erhöhung von 30 auf 50 Mk., die innerhalb von sieben Jahren auf 30 Mk. abgebaut werden soll. Da die schwedische Regierung sich einer Revision des Handelsvertrages widersetzt und so der Weizenzoll nur um 1,50 Mk. erhöht werden könnte, versuchte man eine weitere Erhöhung des Weizenpreises durch die Einführung des sogenannten Barmahlungszwanges durchzudrücken. Das Gesetz bestimmt, daß jede Mühle, die Auslandsweizen vermahlt, während des neuen Erntejahres Auslands- und Inlandsweizen mindestens im Verhältnis von 7:3 vermahlen muß. Welche Wirkungen von diesem Ver- und Barmahlungszwang ausgehen werden, läßt sich noch nicht klar überblicken, doch steht zu befürchten, daß für viele Mühlen sich eine wirtschaftlich wenig nützliche Verteuerung der Transportkosten ergeben wird, indem namentlich die großen Mühlenbetriebe in den Nordseehäfen und am Niederrhein die mit diesen Standorten verbundenen Vorteile nicht werden ausnützen können. Es ist weiter zu befürchten, daß neben dieser Verteuerung des Getreideeinkaufs, dessen Kosten die Verbraucher werden tragen müssen, die tarifarartigen Vereinbarungen der Mühlenbetriebe durch Aufstellung der Einkaufs- und Abgabengebiete neue Triebkräfte erhalten werden. Am bedenklichsten bei der Neuregelung der landwirtschaftlichen Zölle dürften die handelspolitischen Auswirkungen sein, die notwendig im Gefolge dieser Zollpolitik auftreten werden. Der schwedische Handelsvertrag ist bereits gefündigt, und das bedeutet, daß auch die mit der Schweiz, mit Holland, Belgien, Italien, Finnland und Dänemark abgeschlossenen Handelsverträge einer Revision unterzogen oder gefündigt werden müssen.

Die Folgen dieser Zollerhöhungen kann man bereits voraussehen. Die landwirtschaftlichen Produkte werden allgemein im Preise steigen. Um diese Preissteigerung vermindert sich die Lebenslage der Verbraucher schichten. Da die Löhne der Arbeiter und Angestellten an sich nicht so sehr hoch sind, so werden sie eine Kürzung nicht vertragen können. Die Gewerkschaften werden also notgedrungen dazu übergehen müssen, Lohnerhöhungen zu beantragen. Wenn dadurch die Wirtschaft beunruhigt wird, so müssen die Gewerkschaften dafür die Verantwortung ablehnen. Aber auch noch Schäden allgemeiner Natur sind mit diesen Zollerhöhungen für Lebensmittel verbunden. Im internationalen Staatenverkehr herrscht das Prinzip: Wenn du nehmen willst, so gib! Sehr gute Abnehmer deutscher Industrieprodukte sind die Länder, von denen wir unsere fehlenden landwirtschaftlichen Produkte beziehen. Hier kommen vor allem Holland, Dänemark, Finnland und Frankreich in Betracht. Diese werden es natürlich ablehnen, deutschen Industrieprodukten die Tore zu öffnen, wenn ihnen die Einfuhr von Agrarprodukten erschwert wird. Die Folgen werden also Zollkämpfe und Zollerhöhungen auf der Gegenseite sein und eine Unterbindung der deutschen Fertigenwarenausfuhr.

Bescheidene Verbesserung der Invalidentrenten.

In der letzten Zeit ist viel von der Reform der Invalidentversicherung gesprochen worden. Nun ist der erste Anfang damit gemacht worden. Die Verbesserungen, die der Reichstag vorgenommen hat, sind allerdings von sehr bescheidenem Ausmaß. Wenn auch der Ausbau sehr klein ist, so bringt doch das Gesetz über die Invalidentversicherung gegenüber dem bisherigen Zustand einen Fortschritt. Dieser Anfang im Ausbau der Leistungen in der Invalidentversicherung ist vor allem auf das energische Eintreten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zurückzuführen.

Die Ausgaben für die Mehraufwendungen werden aus den Erträgen der Lohnsteuer finanziert, und zwar werden sie von dem Betrag genommen, der das Lohnsteuereinkommen von 1300 Millionen Mark im Steuerjahr übersteigt.

Kurz einen Ueberblick über die Verbesserungen, die das Gesetz über die Leistungen in der Invalidentversicherung bringt. Das Gesetz sieht vor allem Rentenerhöhungen vor, und zwar:

Es erfolgt eine Erhöhung des Steigerungsbetrages in der Lohnklasse I von 3 auf 4 Pf., in der Lohnklasse II von 6 auf 8 Pf., in der Lohnklasse III von 12 auf 14 Pf., in der Lohnklasse IV von 18 auf 20 Pf. und in der Lohnklasse V von 27 auf 30 Pf. Und zwar wird von der Erhöhung des Steigerungsbetrages jede ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarke der bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen betroffen.

Und bei den vor dem 1. Oktober 1920 festgestellten und an diesem Tage noch laufenden Renten der Invalidentversicherung wird, wenn sie einen Steigerungsbetrag für die Beitragsperiode vor dem 1. Oktober 1921 enthalten, der Gesamtsteigerungsbetrag für diese Beitragszeiten um 15 Proz. erhöht, jedoch um mindestens 12 Mt. bei Waisenrenten um mindestens 6 Mt. für das Jahr. Damit der Versicherung mit der Änderung ins klare kommt, wird ihm die Höhe der neuen Rente mitgeteilt.

Und die dritte Verbesserung ist die, daß Anspruch auf Fürsorge nunmehr auch die Hinterbliebenen solcher Versicherten haben, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben oder an diesem Tage dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben. Mit dieser Regelung ist ein altes Unrecht beseitigt worden.

Am 1. Oktober 1920 tritt das Gesetz über die Leistungen in der Invalidentversicherung in Kraft.

Da von dem Mehraufkommen der Lohnsteuer im laufenden Haushaltsjahr, wie berechnet worden ist, 45 Millionen Mark der Invalidentversicherung zur Verfügung stehen und jene obengenannten Leistungserhöhungen für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 1. März auf 25 Millionen Mark angelegt sind, so wird der verbleibende Betrag von 20 Millionen Mark dem Reservefonds, d. h. dem Vermögen der Invalidentversicherung, überwiehen.

Wir begrüßen den Leistungsausbau in der Invalidentversicherung, sind aber mit dem Erreichten

natürlich keineswegs zufrieden. Durch die Verbesserungen wird nur ein Bruchteil von unseren Forderungen erfüllt. Darum möchten wir auch heute wieder dem Wunsch Ausdruck geben, daß der Reichstag bald mit der generellen Reform der Invalidentversicherung beginnt. Bis dahin haben wir die Pflicht, unsere Forderungen immer wieder aufs neue zu erheben.



Im sonnigen Herbst nach dem Erzgebirge!

Ferienheim Muldenhaus, inmitten tiefer Waldungen des vogtländischen Erzgebirges in Rautenkranz, 20 Zimmer, 50 Betten, 650 Meter Seehöhe. Jugendherberge. Geologische Lebenswürdigkeiten, Hochmoore. Schöne Spaziergänge auf guten Wegen nach allen Teilen der schier endlosen Waldungen. Besuche der umliegenden sächsischen Industrieböden und -städten, der Musikinstrumentenfesten Klingenthal und Marktneudorf, der vermittelten soziologischen Einbrüche. Ab 1. September ermäßigte Preise! Auskunst und Prospekt: Ferienheim-Gesellschaft, Naturfreunde e. B. m. b. H., Sitz Sena, Marienstraße 4; Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Sena, Marienstraße 4.

Eine Welt-Gewerkschafts-Internationale?

Matthew Woll, Vizevorsitzender des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A.F.O.L.), veröffentlichte kürzlich in dem von ihm herausgegebenen Organ seiner Berufsorganisation, „American Photo Engraver“, einen Artikel, in dem er sich für die Gründung einer Welt-Gewerkschafts-Internationale einsetzt, und zwar auf Grundlage der vollen Autonomie der im I.O.B. vereinten Gewerkschaften der östlichen Hemisphäre (Europa und Asien) sowie der im Panamerikanischen Gewerkschaftsbund zusammengefaßten Gewerkschaften der westlichen Hemisphäre (Nord- und Südamerika). Beide Gewerkschaftsbewegungen können seinem Vorschlag zufolge „einander volle und ausschließliche Gelegenheit geben, ihre resp. Probleme nach eigenem Gutdünken zu behandeln und gleichzeitig in bezug auf alle Probleme gemeinsamen Interesses zusammenzuarbeiten“.

Da „der Pan-Amerikanische Gewerkschaftsbund seine volle Souveränität über die Arbeiterbewegungen der Neuen Welt“, d. h. „eine internationale Mounroe-Doktrin für ganz Amerika proklamiert hat“, glaubt Woll, daß durch „ein solches Uebereinkommen“ und die dadurch bedingte Aufteilung der Interessensphären „die ganze amerikanische Hemisphäre von europäischem Einfluß befreit werde“.

Noch bevor der genaue Wortlaut der Ausführungen Wolls in Europa bekannt war, gaben einem Internisten des „Daily Herald“ zufolge sowohl der Vorsitzende des I.O.B., W. Citrine, als auch der Vizevorsitzende Souhaug der Bereitwilligkeit des I.O.B. zu „engerer Zusammenarbeit“ Ausdruck. „Wenn der Vorschlag“, so führte Citrine aus, „vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund offiziell dem I.O.B. unterbreitet wird, so wird ohne Zweifel alles gemacht werden, um mit dem großen amerikanischen Kontinent eine feste und wirkungsvolle Beziehung herbeizuführen“. Auch Souhaug drückte sich in ähnlichem Sinne aus und sagte u. a.: „Wenn auch angenommen werden muß, daß M. Woll seine persönlichen Ansichten ausspricht und eine Beurteilung seines Vorschlages erst nach genauer Kenntnis des Textes seiner Anregung erfolgen kann, so kann kein fundamentaler Einwand gegen die Idee der kontinentalen Autonomie gemacht werden, vorausgesetzt natürlich, daß tatsächlich eine wirkungsvolle Zusammenarbeit herbeigeführt werden kann. Würde dem I.O.B. ein solcher Vorschlag unterbreitet, so würde er ohne Zweifel mit dem besten Willen zur Schaffung der Welleneinheit beprochen werden.“

Inzwischen hat der Pressedienst der A.F.O.L. einen kurzen Auszug des Artikels von Woll veröffentlicht, ferner hat William Green, der Vorsitzende der A.F.O.L., dieser Tage im Zusammenhang mit Neußerungen von Albert Thomas auf der Internationalen Arbeitskonferenz laut Pressedienst der A.F.O.L. Ausführungen gemacht, die ein Hinweis auf die offizielle Stellungnahme der A.F.O.L. in der Frage der Zusammenarbeit mit der europäischen Arbeiterbewegung im allgemeinen und dem Internationalen Arbeitsamt (I.A.A.) im besonderen sein können.

Green weist auf den grundlegenden Unterschied in den Arbeitsmethoden der amerikanischen und europäischen Gewerkschaftsbewegung sowie auf die Abänderung in der Stellungnahme der A.F.O.L. gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt hin.

Auf die an Green gerichtete Frage, ob die A.F.O.L. heute wieder zugunsten des Anschlusses an das I.A.A. stimmen würde, falls dieses Problem neuerdings auftauchen würde, sagte Green: „Ich glaube nicht.“ Dies ist den Ausführungen des Artikels zufolge die allgemeine Ansicht in Arbeiterkreisen: „Man ist allgemein der Ansicht, daß in bezug auf ein grundlegendes Prinzip zwischen den amerikanischen Arbeitern und den europäischen Zentralen ein tiefer Abgrund besteht, und daß diese Tatsache dem organischen Anschluß als eines der größten Hindernisse entgegensteht. Andererseits legte Präsident Green Nachdruck darauf, daß die Haltung der amerikanischen Arbeiterchaft gegenüber Europa „freundlich“, und daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung bereit sei, „in jeder nur möglichen Weise Beistand zu leisten“.

I.O.B.

Arbeit und Bildung.

Am 29. Juli feiert Georg Kerchensteiner, einer der wenigen wirklich modernen Pädagogen, seinen 75. Geburtstag. Wenn er auch zu einem rechten Verständnis für die große soziale Bewegung unserer Tage nicht gekommen, so müssen wir dieses Mannes an seinem Jubiläumstage doch würdig gedenken, denn er war auf seinem Gebiete ein ehrlicher und mutiger Revolutionär, und er sprach da auf diesem Gebiete Gedanken aus, die letzten Endes, ohne daß er es wollte, auch zu einer neuen sozialen Auffassung und zu einem neuen freien Arbeitsbegriffe zwingen.

„Der „Wissensmaß“ der alten Schule, all diesen „Folterkammern der Bildung“ setzte er die Arbeitsschule entgegen aus diesem gesunden und echten Bedürfnis des Menschen nach Aktivität, persönlichem, selbständigem Handeln heraus. „Der Weg des praktischen Handelns“ ist für ihn der einzige Weg der Bildung. Und darum stehen für ihn im Zentrum der Schule Arbeitsräume; Werkstätten, Laboratorien, Schulgärten und ähnliches.

Da, in der Tat, im persönlichen Handeln, erwacht der Mensch, „Allgemeinbildung“ durch Lernen ist Nebenart, ist ein „Aberglaube“, der unser Bildungswesen lange genug genarrt“ hat. „Der Weg zur Bildung geht über die Arbeit, zu der der einzelne jeweils innerlich berufen ist oder berufen gemacht werden kann.“

Steht nicht in diesem, ein langes Menschenleben hindurch veriterten Gedanken, etwas von unserem Geiste? „Lun aus dem Selbst“ hat Kerchensteiner die echte Arbeit einmal selber genannt. Aus dem Selbst, das heißt, „in seinem sinngebenden und werkschaffenden Wert- und Zweckzentrum“.

Das aber kann Arbeit niemals sein, wenn die Wirtschaftsordnung die Arbeit zur Existenzfrage erniedrigt hat. Wenn Menschen nur um des Lohnes willen in der Treitmühle sind, ohne die stichtischen Fäden, die die Arbeit binden mit dem Herzen.

„Seelische Zentralität“ muß bei der Arbeit im Menschen sein. Wir nennen das Arbeitsethos. Doch nur in einer Gemeinwirtschaft kann sie in sittlicher Größe und Freiheit sein. Nur dann ist diese Verbindung von Persönlichkeit und Gemeinschaft vorhanden, der Kerchensteiner in der Menschenbildung solchen Wert verleiht.

Es gibt keine Menschenbildung ohne Gemeinwirtschaftsbildung, wie es überhaupt keine wahre Gemeinwirtschaft ohne Arbeit gibt.“ Wir sind auf dem Wege beides zu schaffen, und zwar in der Art, wie er ihn für die Erziehung will: durch Leben, Aktivität und Wirklichkeit.

Wir lehren nicht die Gemeinschaft nur, sondern leben sie — in Solidarität.

Wir predigen nicht die Freiheit, sondern sind in der Praxis des Lebens von ihr gepackt — durch Tat und Opfer.

Wir sind frei und Gemeinschaft. Wir sind Verbund. Wir sind die Schule des Lebens. Ohne daß ihm persönlich diese Schule nahe geworden. Und doch ganz im Geiste seiner neuen und großen Lehre.

Wie steht die Schule zum sozialen Kampf?

Eigentlich müßte es so sein, daß die Schule, die zum Leben erziehen soll und will, auch Verständnis weckt für die soziale Entwicklung und die sozialen Möglichkeiten, aber in Wirklichkeit geht die Schule an diesem Kernpunkte modernen Lebens vorbei. Dieser Höhepunkt geschichtlicher Entwicklung findet selbst in der Berufsschule keine genügende Beachtung. Sogar schulclassen jungen Menschen, die in der Fortbildungsschule über alle Möglichkeiten unterrichtet werden, verschweigt man gefühllos, daß wir in einer sozialen Krise leben und daß die jungen Menschen nicht nur in einen Beruf hineinzuwachsen, sondern auch in eine Aufgabe gegenüber den großen sozialen Erfordernissen dieser geschichtlichen Stunde.

Bezeichnend hierfür sind die Antworten, die in Form von Aufträgen in einer bayerischen Berufsbildungsschule auf die Frage gegeben sind, was wir tun können, um einander das Leben zu erleichtern.

Die Antworten, die auf diese Frage an dieser Wende der Zeit gegeben worden sind, konnten genau so gut vor 50, ja vor 100 und 300 Jahren gegeben werden: Trost, Verträglichkeit, Rücksichtnahme, Fleiß u. a. Keine Spur des Verstehens des Besonderen gerade in dieser Zeit. Als wenn die Geschichte sich nicht bewegte. Als wenn die Menschen nicht immer wieder in neuer Weise untereinander und zusammen ihre Pflichten hätten, und das gerade in dieser aus der ganzen Geschichte so herausragenden Epoche sozialen Ringens.

Die Schule geht am Leben vorbei. Es sind nur Ausnahmeerscheinungen, wenn Schulen von modernem Geist erfüllt sind und einführen in den sozialen Sinn der neuen Zeit. Und es ist unsere Aufgabe mitzuwirken, daß die Schule sich wandelt von Grund auf.

Die alten allgemeinen ethischen Nebenarten sind für das heutige Leben nicht mehr genügend. Unsere Zeit verlangt Charaktere. Für oder wider! Hier oder dort! Und Verständnis für den ethischen Gedanken einer solidarischen Verbundenheit. Was Lehrer vor 100 Jahren an Kleinbürgerlichem Erziehungsinhalt benutzten, das ist heute wahrlich überlebt.

Zugleich aber beweist uns diese bedauerliche Tatsache, wie wichtig es ist, daß die schulclassen Jugend sofort von unserer Jugendbewegung aufgenommen wird. Innerhalb unseres Verbandes kann der Jugend das gegeben werden, was ihr die Schule vorenthalten hat. Gerade in dieser Uebergangszeit der Geschichte hat die gewerkschaftliche Jugend heilige Pflichten gegenüber dem neuen Geschlechte der Kämpfer, das das Banner einmal tragen soll wenn die Alten nicht mehr sind.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Schluß des II. Quart. 1929.

Die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaft ist zurzeit keine einheitliche. Ein Teil der Unternehmerpresse und mit ihnen Berichte der Handelskammern sehen die Lage sehr schwarz. Dagegen glauben andere prominente Wirtschaftskreise eine leichte Besserung feststellen zu können. Produktion, Umsätze und Zahl der Beschäftigten haben sich in den letzten Monaten erhöht. Die Wohnungsbaudätigkeit hat sich im Monat Juni nicht in dem erhofften Umfang weiter entwickelt. Einige Industriezweige konnten durch gesteigerten Auslandsabsatz einen Teil des Ausfalls auf dem Binnenmarkt ausgleichen. Gestiegen ist der Anteil des Auslandsabzuges an der Produktion bei Maschinen, Rohseisen

und Holzwerkerzeugnissen, manchen Textilien, Papier, Steinkohle und Keramik. Diese Absatzsteigerung wirkt sich naturgemäß auch indirekt auf dem Binnenmarkt aus, da dadurch mehr Arbeiter beschäftigt werden können, als der Lage des Binnenmarktes allein entspricht.

Nach den endgültigen Berichten der Landesarbeitsämter betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 30. Juni rund 723 000 gegen 807 950 Ende Mai dieses Jahres. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kriegsfürsorge hat sich im Laufe des Monats Juni nur ganz unbedeutend verändert.

In unserem Gesamtverband brachte der Monat Juni eine Verschlechterung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit betrug Ende Dezember 1928 18,7 Proz., sie stieg Ende März dieses Jahres auf 21,5 Proz., betrug Ende Mai noch 18,2 Proz. und stieg Ende Juni auf 18,5 Proz. Bei den Kurzarbeitern trat ebenfalls eine Verschlechterung ein. Der Anteil der Kurzarbeiter betrug Ende 1928 14,9 Proz., Ende März dieses Jahres 12,9 Proz., Ende Mai 10,2 Proz. und Ende Juni 10,6 Proz.

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nach Branchen geordnet ergibt am Ende des zweiten Quartals 1929 nachstehendes Bild:

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juni 1929.

Gau	Lederverwaren- arbeiter		Tapezierer		Fahrzeugbau		Treibriemer		Sonstige Branchen		Zusammen		Zus- gesamt	Außer- dem Vehr- länge	Auf das Hundert	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich			Ende März 1929	Ende Juni 1929
Mitgliederstand Ende Juni 1929:																
Ostgau	2 047	706	2 343	196	1 059	120	241	4	766	60	6 456	1 086	7 542	448	—	—
Nordgau	384	172	1 450	211	219	4	286	52	389	6	2 678	445	3 123	269	—	—
Mitteldeutscher Gau	420	217	583	53	401	353	128	—	242	1	1 774	624	2 398	211	—	—
Südwestgau	915	507	995	130	589	49	325	30	259	21	3 083	737	3 820	263	—	—
Südostgau	592	584	533	40	152	18	129	—	78	38	1 484	680	2 164	208	—	—
Südwestfalen	3 587	1 728	1 113	234	847	195	130	—	108	7	5 785	2 104	7 949	323	—	—
Südostfalen	575	251	1 002	194	256	11	234	20	92	5	2 159	481	2 640	120	—	—
Zusammen	8 520	4 165	8 019	1 058	3 523	750	1 473	106	1 884	138	23 419	6 217	29 686	1842	—	—
Davon waren Ende Juni 1929 arbeitslos:																
Ostgau	473	97	558	32	180	16	33	1	190	10	1 374	156	1 530	—	24,8	20,3
Nordgau	67	7	317	24	68	—	20	1	59	—	531	32	563	—	20,9	18,0
Mitteldeutscher Gau	59	14	67	2	89	70	13	—	18	—	246	86	332	—	17,5	13,9
Südwestgau	242	50	210	19	19	—	25	—	40	—	536	69	605	—	17,7	15,8
Südostgau	219	207	121	11	16	—	18	—	10	11	384	229	613	—	31,9	28,3
Südwestfalen	864	338	142	17	126	18	2	—	5	—	1 139	373	1 512	—	20,7	19,0
Südostfalen	73	9	179	6	43	—	12	—	12	—	319	15	334	—	16,1	12,7
Zusammen	1 907	722	1 504	111	541	104	123	2	274	21	4 529	960	5 489	—	21,5	18,5
Kurzarbeiter waren Ende Juni 1929 vorhanden:																
Ostgau	178	46	176	13	92	21	24	1	140	2	610	83	693	—	11,6	9,2
Nordgau	20	2	43	5	10	—	32	8	10	—	115	15	130	—	3,5	4,2
Mitteldeutscher Gau	—	—	6	15	10	25	—	—	—	—	16	40	56	—	1,9	2,3
Südwestgau	40	21	49	2	—	—	12	1	11	—	112	24	136	—	10,4	3,6
Südostgau	107	171	21	5	—	—	21	—	17	13	166	189	355	—	14,1	16,4
Südwestfalen	956	296	44	5	185	86	64	—	—	—	1 249	387	1 636	—	24,7	20,6
Südostfalen	38	12	31	—	51	7	1	—	—	—	121	19	140	—	6,2	5,3
Zusammen	1 339	548	370	45	348	139	154	10	178	15	2 389	757	3 146	—	12,9	10,6
Es arbeiteten verkürzt:																
	männl.	weibl.	aus.	Prozente Ende												
				April	Mai	Juni										
1 bis 8 Stunden	755	109	864	3,0	2,4	2,9										
9 „ 16 „	506	178	684	1,9	2,4	2,3										
17 „ 24 „	1005	430	1435	5,1	4,9	4,8										
über 24 „	123	40	163	0,2	0,5	0,6										
Pro Hundert betrug die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit:																
Arbeitslosigkeit:																
	Ende Dez. 1928		Ende März 1929		Ende Juni 1929											
Lederverwarenarbeiter	18,9		22,1		21,4											
Tapezierer	18,2		23,7		18,8											
Fahrzeugbau	22,9		20,2		15,1											
Treibriemer	10,1		11,7		7,9											
Sonstige Branchen	16,5		19,1		14,5											
Kurzarbeit:																
	Ende Dez. 1928		Ende März 1929		Ende Juni 1929											
Lederverwarenarbeiter	22,5		17,4		12,7											
Tapezierer	5,7		7,2		4,6											
Fahrzeugbau	17,6		11,9		11,4											
Treibriemer	8,9		12,6		10,4											
Sonstige Branchen	6,0		11,8		9,5											

Berichte aus den Verwaltungsstellen.

Mannheim. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen gibt der Vorsitzende, Robert Reidig, den Geschäftsbericht für das vergangene Quartal. Es haben stattgefunden: zwei allgemeine Mitgliederversammlungen, eine Jugendversammlung, fünf Vorstandssitzungen, eine Vertrauensmännerziehung.

Die Arbeit der Ortsverwaltung lag, neben der Büchertkontrolle am Ort, in den Vorarbeiten zum Verbandstag. Was den Beschäftigungsgrad anbelangt, so können wir im ersten halben Jahr 1929 nur schlechtes berichten. Eine große Zahl von Erwerbslosen und Kurzarbeitern belasten nicht nur unsere Kasse, sondern machen es uns auch unmöglich, irgendwelche Vorstöße zur Verbesserung unserer Lage durchzuführen. Wenn auch das 2. Quartal etwas besser wurde, so haben wir immerhin noch mit einer Reihe von Erwerbslosen zu rechnen, was in unserer Verwaltung nur selten vorkommt. Auch in der Autobranche wurden mehrere ältere Kollegen, namentlich Tapezierer, stellenlos, weil an ihre Stelle Frauenarbeit getreten ist.

Anschließend folgte der Kassenbericht des Kassierers Wilhelm Baier. Derselbe lautet: Für die Hauptkasse: Einnahmen 3119,70 M., Ausgaben 3119,70 M. Für die Nebenkasse: Einnahmen 3045,90 M., Ausgaben 2944,09 M., Bestand für das nächste Quartal 101,81 M.

Mitgliederstand am Schluß des 2. Quartals 355 männliche und 61 weibliche Mitglieder, darunter sind 72 Lehrlinge.

Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung gibt der Vorsitzende Reidig den Bericht vom Verbandstag in Dresden. Wir wollen hier nicht weiter darauf eingehen, denn es ist ja in unserer Zeitung schon ein Bericht erschienen. Erwähnt sei nur, daß der Bericht unserem neuen Vorsitzenden alle Ehre macht und mit

lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Baier richtete noch ein paar Worte an unsere Jugendabteilung und überreichte ihr den vom Hauptvorstand gestifteten Wimpel. Möge unsere Jugend unter diesem Zeichen wachsen und gedeihen zum Wohle unserer Verwaltung, zum Segen des Verbandes. Der Wimpel wird erstmals am 27. und 28. August auf dem Jungendtreffen in Heilbronn, das anlässlich des internationalen Holzarbeiterkongresses stattfindet, mitgeführt. Die Spende wurde von den Jugendkollegen mit großem Beifall entgegengenommen. Zum Schluß wurde noch über die in letzter Zeit immer mehr zunehmende Frauenarbeit diskutiert. Wenn auch alle angeführten Argumente den Tatsachen entsprechen, so konnte auch diesmal kein für uns gangbarer Weg gefunden werden.

Ernst R i t h a u p t.

Beruf.

Schulentlassung, welche Freude. Setzt aber tritt die Sorge an die Eltern heran: Was soll der Junge oder das Mädchen lernen. Von allen Gewerkschaften werden in den Tageszeitungen einige Zeilen wegen Ueberfüllung ihres Berufes losgelassen. Aber der Junge oder das Mädchen muß doch in einen Beruf unterkommen. Und in der Tat, die Gewerkschaften haben es bis heute noch nicht verhindern können, daß jedes Jahr ein ganz gewaltiger Strom von Lehrlingen neu eingestellt werden. Aber noch weniger haben sie es verhindern können, daß wenn die Bezahlzeit vorüber ist und das Geld bezahlt werden muß, daß dann keine Arbeit mehr vorhanden ist, und der Junge oder das Mädchen nun die Papiere erhält mit dem Motto: Wegen Mangel an Arbeit entlassen. — Aber ein neuer Lehrling steht auf seinem Plage und wird wieder vier Jahre ausgebeutet, um dann das Schicksal seiner übrigen Klassenossen zu teilen und stempeln zu gehen. O sonnenreiche Jugend, ihr seid unter einem Glücksstern geboren, daß ihr nicht Arbeiten braucht, und

ihr würdet es so gern tun. Ihr wüßtet doch etwas Lütchiges in eurem Berufe leisten, aber wieviel gelangt es; den meisten steht eine dunkle Zukunft bevor. Dann werden Rettungsanker ausgeworfen: Reichswehr — Schupo, und auch hier sind es ja auch nun wieder die Besten vom Besten, die dort unterkommen und für 12 Jahre verpflichtet sind. Also, alles in allem, es hat eben keinen Zweck mehr zu leben. Und in der Tat muß ja auch bebauerlicher Weise festgestellt werden, daß die Selbstmorde der Jugendlichen gewaltig zunehmen. Aber was soll werden, wie können die Gewerkschaften dieses Unheil abwenden? Für Mädchen könnte schon eher schnell gesorgt werden. Denn es gibt sozial Frauen, wo die Männer auch in Beschäftigung stehen; diese könnte man dann ja mit ruhigem Gewissen nach Hause hinschicken. Aber es gibt auch hier fonderbare Männer, die da glauben, eine besondere Tat zu tun, wenn sie ihre Frauen auch zur Arbeit schicken. Aber nun für die Jungen. Die Sache ist nicht so einfach. Den Beamten billigt man vom Gesetz aus zu, daß er mit 60 Jahren nicht mehr arbeiten braucht; aber der Arbeiter, der sich immer gesunden und gesund hat, darf auch noch weiter arbeiten. Hier wird ja auch nach Angabe der betreffenden Reichsminister der Geldbeutel der Invalidenversicherung zu schwer in Anspruch genommen. Und was bekommt heute denn wirklich einer, der 65 Jahre alt ist? 38 bis 50 Mark Rente. Eben für die Miete der Wohnung genug. Also auch hier ist es nicht möglich, diese Leute bei einer derartigen Rente auf die Straße zu setzen. Also nach diesen Zeilen sehen wir, daß den Gewerkschaften hier noch ein ganz gewaltiges Stück Arbeit zu überbrücken gilt. Wandel muß geschaffen werden. Wir haben die hellen Köpfe doch dort hingestellt. Also bitte bei dem jüngsten angefangen und etwas brauchbares auftande bringen. Nicht ganz sozial Politik, sondern mehr Gewerkschaftsarbeit an dem jüngsten Gliede unseres zukünftigen Nachwuchses.

B o h n e n t a m p.

Unsere Lohnbewegungen.

Cedermaten.

Leipzig-Westfahlen. Ab 15. Juli 1929 beträgt der Mindestlohn für den 22 Jahre alten Facharbeiter in Ortsklasse 1 108 Pf. und in Ortsklasse 2 103 Pf. pro Stunde. Akkordlöhne, die weniger als 20 Proz. Uebererdienst erzielen lassen, erfahren die gleiche prozentuale Aufbesserung wie die Stundentlöhne.

Bezirk Magdeburg-Halle. Ab 1. Juli 1929 beträgt der Mindestlohn für den Facharbeiter über 22 Jahre in Magdeburg 98 Pf., in Halle 93 Pf., in Dessau 90 Pf., in Zeitz 86 Pf., in Altersleben, Bernburg, Brühlitz und Bernigerode 83 Pf.

Fahrzeugbranche.

Käufelsheim. Ab 1. Juli 1929 erhöht sich der Lohn von 84 auf 88 Pf. pro Stunde. Spitzenlohn 1,85 Mk. pro Stunde.

Tapezierer.

Württemberg. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen des Tapeziererberufs in den Polstermöbelfabriken und Tapeziererabteilungen der Möbelfabriken erhöhen sich die Löhne ab 13. Juli 1929:

	Ortsklassen		
	I	III	IV
Facharbeiter über 22 Jahre	120	112	106
Angelernte Arbeiter über 22 Jahre	113	105	100
Hilfsarbeiter über 22 Jahre	102	95	90
Angelernte Facharbeiterinnen über 22 Jahre	78	73	69
Hilfsarbeiterinn. ü. 22 Jahre	66	62	58

Volkshochschule Dreßigacker.

Volkshochschulheim Dreßigacker eröffnet am 15. September 1929 einen Männertkursus, der bis zum 21. Dezember läuft.

Anmeldungen sind mit kurzem Lebenslauf möglichst umgebend an die Heimleitung Dreßigacker (Thüringen) zu richten.

Als Kursusgeld werden für den 3 1/2-Monatskursus, wenn nicht staatliche oder städtische Beiträge gezahlt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Im Minimum aber 150 RM. einschließlich für Kost, Wohnung, Heizung und Licht.

Die Reisefosten sind zur Hälfte ermäßigt. Prospekte die Heimleitung.

Umschulung in Fliegerhorst.

Die Deutsche Arbeiterzentrale hat die Gebäude des früheren Fliegerlagers bei Frankfurt an der Oder von der Reichsvereinigungswartung pachtweise übernommen, um hier jüngere städtische Erwerbslose, die Lust und Liebe zur Landarbeit haben und auch dafür körperlich geeignet sind, allmählich zu Landarbeitern umzuschulen. Hauptächlich im rheinisch-westfälischen und im schlesischen Industriegebiet gibt es eine Unmasse von jungen ausgeleiterten Schlossern, Schmiedern, Stellmachern und anderen Handwerkern, die trotz der größten Anstrengungen nicht in der Lage sind, eine Stellung zu finden. Gerade das Alter von 18 bis 24 Jahren scheint hiervon betroffen zu sein. Um nun diesen jungen Leuten einen neuen Lebensberuf zu geben, hat man sich entschlossen, in Fliegerhorst den ersten grundlegenden Verlauf mit der Umschulung städtischer Arbeitslosen zu machen. Bekanntlich ist es für die Arbeitsämter sehr schwer, geeignete Leute zur Ueberführung in die Landwirtschaft zu gewinnen. Heute, wo das Arbeitslosenproblem im Brennpunkt der Wirtschaftspolitik steht, gewinnt deshalb dieser neue Weg dauernd an Bedeutung. Man glaubt auch, hierdurch später einmal die polnischen Wanderarbeiter überflüssig zu machen.

Die Dauer der einzelnen Lehrgänge beträgt etwa vier Wochen, eine Zeit, die nach unseren Ansichten viel zu gering ist, um die Schüler mit dem Wesen der Landarbeit vertraut zu machen. Der Unterricht erstreckt sich sowohl auf die praktische als auch theoretische Seite, auf Volkssport und auf Erziehung zum Gemeinschaftsleben. In dem Schülerinnenkursus wird außerdem noch Unterricht im Kochen, in Näharbeiten und in der Behandlung der Wäsche erteilt. Die Schüler bekommen ein monatliches Taschengeld von 5 Mt., und ist die Unterbringung und Verpflegung vollständig kostenlos. Die Arbeiterzentrale vermittelt nach dem Lehrgang den Schülern Stellen, hauptsächlich in bäuerlichen Betrieben, und sollen die Schüler später eventuell zu Wiederholungskursen im Winter zurückgenommen werden. Für die spätere Entlohnung sind die Kreis- bzw. Bezirksämter maßgebend.

Zur Aufrechterhaltung der Verbindung hat man ein besonderes Mitteilungs- und Nachrichtenblatt „Fliegerhorst“ geschaffen. Bedenklich ist allerdings hierbei, daß dieses Blatt in Gemeinschaft mit der Diktatbewegung herausgegeben wird. In den Sitzungen steht zwar, daß die politische Betätigung der Schüler während der Lehrgänge in keiner Weise gestattet ist. Ein Passus, den man erst, nachdem die

Die Löhne für die übrigen Altersstufen erhöhen sich entsprechend.

Kassel. Der Lohn beträgt ab 6. Juli 1929 für den Vollarbeiter 100 Pf., für Näherinnen 72 Pf. pro Stunde.

Diese Löhne gelten als Mindestlöhne, für Qualitätsarbeit soll der Leistung entsprechend mehr bezahlt werden.

Dieses Lohnabkommen läuft bis zum 31. Mai 1930.

In dem bisherigen Tarifvertrag wird § 3 (Ueberstunden) wie folgt geändert:

Ueberstunden können in dringenden Fällen vom Arbeitgeber gefordert werden, und zwar ist ein Zuschlag von 25 Proz. für jede über die 48. Stunde hinausgehende Ueberstunde zu leisten. Für Sonntagsarbeit sind 50 Proz. zu zahlen. Für Festtage und unverschuldete Verläumnis dürfen Ueberstunden nicht verrechnet werden.

Im übrigen bleibt der bisherige Tarifvertrag bestehen.

Treibriemer.

Ab 1. August 1929 erhöht sich der tarifliche Spitzenlohn für den Facharbeiter über 20 Jahre in Köln am Rhein auf 100 Pf., nordwestliche Gruppe auf 99 Pf., Aachen 94 Pf. Der Lohn des Hilfsarbeiters über 20 Jahre beträgt in Köln a. Rh. 88 Pf., nordwestliche Gruppe 87 Pf. und in Aachen 75 Pf. pro Stunde.

Schule von vältischen Untrieben bereinigt worden ist, aufgenommen hat.

Wenn dieser Versuch in größerem Ausmaße als bisher — man hat bis heute etwa 700 junge Leute ausgebildet und in die Landwirtschaft vermittelt — durchgeführt wird, so kann man dies vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nur begrüßen. Auch für die Landwirtschaft wird ein großer Gewinn hieraus entspringen. Denn man bekommt hierdurch häufig städtische Qualitätsarbeiter und -handwerker, die man relativ leicht zu landwirtschaftlichen Monteuren, Maschinisten, Motorpflugführern, Schmieden und Stellmachern weiterausbilden kann. Diese werden aus ihren städtischen Werkstätten vielleicht auch manche gute Anregung mitbringen, die man im landwirtschaftlichen Betriebe unter zweckmäßiger Umwandlung eventuell gut verwerten kann.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Buchdruckerverbandstag. Der Verband der Deutschen Buchdrucker hielt seinen Verbandstag Ende Juni d. J. in Frankfurt a. M. ab. Die Buchdrucker, eine der ältesten freien Gewerkschaften Deutschlands, sind zu etwa 98 Proz. organisiert, verfügen über gut ausgebaute Lärze und Unterstützungseinrichtungen, und sind infolge ihrer entsprechenden Beitragszahlung auch finanziell recht gut ausgestattet. Neben rund 84 000 Mitgliedern sind über 17 000 Lehrlinge der Organisation angeschlossen. Auf dem Verbandstag wurden die Beiträge um 30 Pf. pro Woche erhöht und die Unterstützungseinrichtungen dementsprechend ausgebaut, besonders die Sätze der Invalidenunterstützung. Zur Frage der Verschmelzung mit den übrigen Verbänden graphischer Berufe nahm der Verbandstag eine abwartende Haltung ein. An Stelle des verstorbenen Genossen Seig wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Otto Krauß mit der Leitung der Organisation betraut.

Verbandstag der Kupferschmiede. In der letzten Juniwoche tagte in Hannover die Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede. Die Entwicklung der Organisation wurde im Vorstandsbericht als erfreulich bezeichnet. Als wichtige Fragen standen die Einführung der Invalidenunterstützung und die eventuelle Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband der Tagesordnung. Die Einführung der Invalidenunterstützung wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Ueber die Verschmelzung mit den Metallarbeitern soll am Ende des dritten Quartals 1929 eine Urabstimmung entscheiden. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist einer Konferenz der Verbandstörperschaften vorzulegen.

Rundschau

Herbstmesse in Leipzig vom 25. bis 31. August. Die Mustermesse wird sich im großen und ganzen in der gleichen Weise präsentieren wie im letzten Frühjahr, wenn auch die Beteiligung des Auslandes, wie stets im Herbst, etwas zurücktreten dürfte. Die Mustermesse wird umfassen: Beleuchtungskörper, Edelmetalle, Uhren und Schmuckwaren, Glas, Porzellan, Keramik, Metallwaren, Haus- und Küchengeräte, Kunst- und Kunstgewerbe, Kurz- und Galanteriewaren, Lederwaren und Reiseartikel, Möbel und Korbmöbel, Musikinstrumente, Nahrungs- und Genussmittel, Schwären, Papierwaren, Bureaubedarf, Schuhe und Leder, Spielwaren, Sportartikel, Legitimen, Verpackung und Reklame.

Die Mustermessen zur Mustermesse laufen etwa in dem gleichen Umfang ein wie im Vorjahr. Um den Besuch der Messe zu erleichtern, werden wieder aus allen Teilen des Reiches Sonderzüge zur Herbstmesse fahren, die ihren Benutzern eine Fahrpreisermäßigung von mehr als einem Viertel des Fahrpreises gemähren.

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1929.

Die Volksfürsorge hat das erste Halbjahr 1929 mit einem Bestände von 1 725 000 Versicherungen und einer Versicherungssumme von 700 Millionen RM. abgeschlossen. Es wurden insgesamt 310 161 Volks- und Lebensversicherungen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres beantragt, davon im Juni 48 505. Das Vermögen der Volksfürsorge beträgt rund 68 Millionen RM. An Versicherungsleistungen wurden im ersten Halbjahr 1 372 463 RM. ausbezahlt, seit November 1923 (Umstellung auf neue Währung) überhaupt rund 6 1/2 Millionen RM. In der Summe von 1 372 463 RM. sind 127 717 RM. Sonderleistungen für Unfalltod enthalten. Diese werden ohne besonderen Zuschlag, jedoch unter der Voraussetzung gewährt, daß eine monatliche Prämie von mindestens 2 RM. gezahlt wird.

Unter den deutschen Lebensversicherungsunternehmen marschieren die Volksfürsorge, eine Gründung der freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, mit an der Spitze; jetzt schon ist sie die größte deutsche Volksversicherungsgesellschaft. Die Volksfürsorge wird schneller wachsen und von noch größerer Bedeutung werden, je mehr die Millionen der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten mit ihren Angehörigen sich ihr zuwenden.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 22. bis 28. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Berichterstattung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juli 1929.

Alle Ortsverwaltungen werden ersucht, die Meldebare für den Monat Juli bis spätestens zum 5. August an die Hauptverwaltung einzusenden. Stichtag ist Sonnabend, der 27. Juli. Kein Ort darf die pünktliche Berichterstattung veräumen.

Redaktionschluß für den „Weggenossen“, Augustnummer, ist Freitag, der 26. Juli.

Auf eine längere denn 25jährige Mitgliedschaft konnten zurückblicken:

Berlin. Otto Gräber, Tapezierer, Max Ulrich, Kofferfattler, Hermann Kraftmeier, Tapezierer, Hermann Schnichts, Kofferfattler, Max Schüller, Sattler, Max Schulze, Tapezierer, August Ernst, Autofattler.

Adressenänderungen

Altenhof. Kass.: Fr. Brunwald, Fischerstadt 489, Ab 20. Juli.

Karlruhe. Kass.: Karl Krauß, Hardtstr. 86, II. 5.

Lissa. Vorf.: Friß Kurzenties, Wasserstr. 21, Hof. Oppeln in Oberschlesien. Vorf.: Georg Nowak, Kirchstr. 10. Kass.: Karl Seibel, Vorkstr. 4, Bordenhaus IV.

Reichenbach i. Vogtld. Kass.: Billy Jacob, Oberreichenbacher Str. 57.

Striegau. Vorf.: Alfred Schlotter, Ringstr. 85.

Veranstaltungskalender

Gera. Sonntag, den 28. Juli, Besichtigung des Kammergutes „Groß-Pla“ durch die Jugendabteilung. Abfahrt: Gera Hauptbahnhof 6.45 Uhr. Fahrt 10 Pf. ab Langenberg. Autofahrt hin und zurück frei. Gäste willkommen.

Gera. Mitgliederversammlung am Freitag, dem 2. August. Erscheinen aller ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung. Zeitz. Die am Freitag, dem 2. August, fällige Mitgliederversammlung fällt umständehalber aus. Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Dresden. Hier starb das invalide Mitglied Paul Bänisch im Alter von 61 Jahren. Ehre seinem Andenken.